



Der Kreistag

Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss

Stabsstelle: **Kreisgremien und  
Öffentlichkeitsarbeit**

Sachbearbeiter: Anette Herzberger

Telefon: 0641/9390-1829

E-Mail: anette.herzberger@lkgi.de

Gebäude: F – Riversplatz 1-9 Zimmer: 208  
35394 Gießen

Az.: 91 000-212

Datum: 21.11.2011

## NIEDERSCHRIFT

**über die 4. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des  
Landkreises Gießen**

**am 17.11.2011**

**Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Eingeladen wurde zu dieser Sitzung mit Schreiben vom 3. November 2011.

Sitzungsbeginn: 15.10 Uhr

Sitzungsende: 17.45 Uhr

Es sind anwesend:

### Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose

Herr Stefan Bechthold

Frau Annette Bergen-Krause

Herr Heinz-Peter Haumann

Herr Frank Ide

Herr Matthias Knoche

Ausschussvorsitzender

Kreistagsabgeordneter

Kreistagsabgeordnete

Kreistagsabgeordneter

stv. Ausschussvorsitzender

Kreistagsabgeordneter

vertreten durch

Manfred Schönewolf

Herr Klaus Peter Möller

Herr Peter Pilger

Herr Erhard Reinl

Herr Gerónimo Sánchez Miguel

Herr Karl-Heinz Schäfer

Herr Lars Burkhard Steinz

Kreistagsabgeordneter

stv. Ausschussvorsitzender

Kreistagsabgeordneter

Kreistagsabgeordneter

Kreistagsabgeordneter

Kreistagsabgeordneter

vertreten durch

Reinhard Peter

### beratende Ausschussmitglieder

Herr Matthias Tampe-Haverkock

Frau Maria Alves

Herr Tim van Slobbe

Gruppenvorsitzender

Kreisausländerbeiratsmitglied

Kreisausländerbeiratsmitglied

### Ältestenrat

Herr Karl-Heinz Funck  
Frau Claudia Zecher  
Frau Hiltrud Hofmann  
Herr Horst Nachtigall  
Herr Peter Pilger  
Herr Günther Semmler

Kreistagsvorsitzender  
stv. Kreistagsvorsitzende  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktionsvorsitzender  
stv. Kreistagsvorsitzender  
Fraktionsvorsitzender

### Kreisausschuss

Frau Anita Schneider  
Herr Dirk Oßwald  
  
Frau Dr. Christiane Schmahl  
  
Herr Johann Gottfried Hecker  
  
Herr Dr. Klaus Becker  
Herr Gottfried Schneider  
Herr Jan-Eric Walb

Landrätin  
hauptamtlicher Erster  
Kreisbeigeordneter  
hauptamtliche  
Kreisbeigeordnete  
Kreisbeigeordneter (mit  
Dezernat)  
Kreisbeigeordneter  
Kreisbeigeordneter  
Kreisbeigeordneter

### Verwaltung

Herr Thomas Euler  
  
Herr Oliver Keßler  
  
Herr Udo Liebich  
Frau Eva-Maria Jung  
Frau Jutta Heeis  
  
Frau Karin Hofmann  
Herr Klaus Graulich  
Frau Antonie Huber  
Herr Norbert Scheld  
Herr Hans-Otto Gerhard  
Herr Thorsten Becker  
Herr Rainer Knapp  
Frau Gabriele Gotthardt  
  
Herr Mario Rohrmus  
Frau Karin Wandel  
Frau Petra Schneider  
  
Herr Bernd Carle  
  
Herr Klaus Dieter Schmitt

Kreisgremien u.  
Öffentlichkeitsarbeit  
Kreisgremien und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Büroleiter Dez. I  
Büroleiterin Dez. II  
Fachbereich Finanz- und  
Rechnungswesen  
Fachdienst Finanzen  
Fachdienst Finanzen  
Revision  
Revision  
Controlling  
Fachbereich Service  
Fachdienst Personal  
WiFö., Tourismusförderung,  
Kreisentwicklung  
Fachbereich Schule u. Bauen  
Fachdienst Abfallwirtschaft  
Stab Interner Dienst Jugend  
u. Soziales  
Fachdienst Ausländer- u.  
Personenstandswesen  
Schriftführer

### Entschuldigt:

Herr Andreas Becker  
Herr Dennis Stephan  
  
Silva Lübbers  
Heinz Deibel

Gruppenvorsitzender FDP  
Gruppenvorsitzender Die  
Linke  
Kreisbeigeordnete  
Kreisbeigeordneter

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Matthias Klose, eröffnet die 4. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt, der als TOP 2 behandelt werden soll:

**Mittelfreigabe für die Zahlung eines Zuschusses zu den Wiederaufbaukosten der Turnhalle des TV 1892 Großen-Linden e.V. zur Sicherstellung der Ausübung von Schulsport der Lindener Schulen.**

Gegen die geänderte Tagesordnung liegen keine Einwände vor.

2. Mittelfreigabe für die Zahlung eines Zuschusses zu den Wiederaufbaukosten der Turnhalle des TV 1892 Großen-Linden e.V. zur Sicherstellung der Ausübung von Schulsport der Lindener Schulen (Vorlage 0236/2011)

Es erfolgt keine Aussprache.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss gibt die gesperrten Mittel bei Produkt 24.3.01.01 Finanzkonto 840.812.04 Maßnahme 301 in Höhe von 75.000 € frei und beschließt, einen Zuschuss von 75.000 € zur Durchführung des Wiederaufbaues der Turnhalle des TV 1892 Großen-Linden e.V. in Linden-Großen-Linden an die Stadt Linden auszuzahlen.

Die Auszahlung kann erfolgen, sobald die Turnhalle dem Landkreis Gießen vollumfänglich und dem Sicherheitsstandard entsprechend wieder für schulsportliche und allgemeine Zwecke zur Verfügung steht und der Vertrag über die Nutzungsregelung unterzeichnet wurde.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012; Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015; hier: Erste Beratung (Vorlage Nr. 0217/2011)

Auf Wunsch des Kreistagsvorsitzenden Funck wird Herrn Kreistagsabgeordneten Hamel für die heutige erste Lesung des Haushaltes Rederecht erteilt.

Im Rahmen der ersten Beratung des Haushaltes 2012 ergeben sich die folgenden Fragen, deren Beantwortung protokollarisch festgehalten bzw. die Stellungnahmen der jeweiligen Organisationseinheiten Bestandteil des Protokolls sind:

---

## **1. Haushaltssatzung**

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erläutert die Haushaltssatzung und geht insbesondere auf die Hebesätze zur Kreis- und Schulumlage ein, die auf der Grundlage der vom Kreistag am 20.06.2011 im Zusammenhang mit dem Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2011 beschlossenen Resolution festgesetzt sind. In diesem Zusammenhang informiert der Kämmerer über eine Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 31.10.2011, wonach die Haushaltssatzung mit einem geplanten Kreis- und Schulumlagehebesatz von zusammen 56.5 % nicht genehmigungsfähig sei.

## **2. Vorbericht**

Frau Heieis erläutert den Vorbericht und geht insbesondere hierbei auf die wesentlichen Veränderungen im Haushalt 2012, den Kommunalen Finanzausgleich sowie die Kennzahlen zur allgemeinen Haushaltslage ein.

Herr Hamel fragt in Zusammenhang mit den im Haushaltsplan bereits hinterlegten BSC nach, welche weiteren Produkte und Teilhaushalte künftig mit diesem Kennzahlensystem ausgestattet werden sollen.

Hierzu erläutert Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald, dass man künftig den begonnenen Weg dieses Kennzahlensystems sukzessive ausbauen und erweitern werde. Für Vorschläge und Wünsche aus dem politischen Bereich stehe man aber auch durchaus offen gegenüber.

Frau Hofmann regt an, das Hauptaugenmerk der BSC mehr auf die externen Ziele (Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung, Bürger- und Kundenperspektive) und weniger auf die internen Ziele der Verwaltung auszurichten.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald erläutert hierzu, dass für eine vollständige und aussagefähige BSC alle vier aufgeführten Perspektiven notwendig seien. Über die Ausgestaltung bzw. Veränderung könne man aber selbstverständlich diskutieren, allerdings sei eine Streichung der internen Ziele der Verwaltung nicht sinnvoll.

## **3. Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt**

Herr Haumann bittet zu den abweichenden Haushaltsansätzen im Bereich der Versorgungsaufwendungen (2012: 5.308.580 € zu 2011: 6.020.110 €) um eine entsprechende Erklärung.

Herr Knapp erläutert zu dieser Frage, dass bei der Veranschlagung der Versorgungsaufwendungen die Inanspruchnahmen von Rückstellungen (Pensions- und Beihilferückstellungen) aufwandsmindernd und somit netto eingeplant sind. Diese Korrektur gegenüber der Brutto-

---

Veranschlagung im Haushaltsplan 2011 wurde auf Grund der Buchungssystematik für die Rückstellungen notwendig.

#### 4. Teilhaushalte

##### Produktbereich 11: Innere Verwaltung

Frau Landrätin Schneider erläutert zunächst zu der Veranschlagung der Personalkosten, dass man für die Beamtenbesoldung eine lineare Erhöhung um 2,15 % (ab 01.10.2011: 1,5 %; ab 01.10.2012: 2,6 %) zu Grunde gelegt habe. Dies entspreche einer Erhöhung von 160.000 €. Für die Tarifentgelte habe man eine Steigerung von 2,0 % mit einem hiermit verbundenen Mehraufwand von ca. 560.000 € kalkuliert. Weiterhin sei eine Erhöhung des Personalaufwandes mit der Übernahme des bisher von Dritten gestellten Tarifpersonals im Bereich des Jobcenters mit rund 1,4 Mio. € zu verzeichnen.

Herr Hamel bittet um Begründung für die Reduzierung des Haushaltsansatzes für ausländerpolitische Aktivitäten von 9.900 € auf nunmehr 5.000 €.

Frau Landrätin Schneider begründet diese Veränderung mit der im Jahre 2011 durchgeführten Ausländerbeiratswahl, für die dem Ausländerbeirat für entstandene Sachkosten und sonstige Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein höherer Haushaltsansatz zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Hamel fragt nach, an welcher Stelle des Haushaltes sich die Verfügungsmittel für die Dezernenten finden.

Hierzu verweist Herr Schmitt auf das Produkt 11.1.00 (Verwaltungsleitung und -steuerung). Dort seien die Verfügungsmittel des Kreisausschusses (für alle Dezernate), die Aufwendungen für Repräsentationen und Bewirtungskosten mit einem Gesamtansatz in Höhe von 13.950 € vorgesehen.

In diesem Zusammenhang spricht Herr Haumann den Haushaltsansatz im Produkt 11.1.01 für besondere soziale Zwecke an mit einem Ansatz 1.300 € und hält eine Zusammenlegung mit den vorher angesprochenen Verfügungsmitteln für notwendig.

Zur Durchführung des Zensus 2011 fragt Herr Haumann nach, bis wann die finanzielle Abwicklung hierfür beendet sei.

Frau Landrätin Schneider teilt hierzu mit, dass man von einer vollständigen Abwicklung im Jahre 2012 ausgehe und weist aber auch darauf hin, dass nach den derzeitigen Erkenntnissen die pauschale Kostenerstattung durch das Land Hessen nicht auskömmlich sei. Von daher müsse auf der Ebene des HLT mit dem Land Hessen über eine

---

vollständige Kostenübernahme verhandelt werden.

Herr Rohrmus erläutert die BSC auf Seite 62 zum Produkt 11.1.41 (Bereitstellung und Betrieb von Verwaltungsgebäuden).

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Rohrmus erfolgt eine Aussprache über die leerstehenden Büroflächen auf Grund der Belegung von Teilzeitkräften sowie über die unterschiedlichen Energieverbrauchswerte der Verwaltungsgebäude am Riversplatz. An der Aussprache beteiligen sich Frau Landrätin Schneider, Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl, Frau Fraktionsvorsitzende Hofmann, Herr Kreistagsvorsitzender Funck und Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald.

Herr Haumann weist exemplarisch zur Auftragsgrundlage bei der Produktbeschreibung auf Seite E 38 in Zusammenhang mit der Zielsetzung „*Zeitnahe Wiederbesetzung vakanter Stellen*“ darauf hin, dass er grundsätzlich hier und dies gelte auch für andere Produkte die Beschlüsse des Kreistages vermisste. Konkret bei diesem Produkt vermisste er die Wiederbesetzungssperre.

Frau Landrätin Schneider erläutert in diesem Zusammenhang das Verfahren bei der Wiederbesetzung von Stellen und verweist hierbei darauf, dass ein solches einen Zeitraum von durchschnittlich 109 Tagen beanspruche.

Frau Hofmann weist darauf hin, dass sich die von Herrn Haumann zitierte Zielsetzung auf die Besetzung vakanter Stellung im Kontext auf die Reduzierung der Mehrarbeitsstunden gegenüber dem Vorjahr beziehe.

Frau Landrätin Schneider informiert in diesem Zusammenhang, dass es gelungen sei, die Mehrarbeitsstunden der Beschäftigten im Rahmen von abgeschlossenen Zielvereinbarungen mit den Beschäftigten um die Hälfte zu reduzieren.

Herr Hamel bittet um nähere Erläuterung zum Haushaltsansatz in Höhe von 100.000 € für eine vorgesehene Organisationsuntersuchung.

Frau Landrätin Schneider erläutert, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und den Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe eine Organisationsuntersuchung für die gesamte Kreisverwaltung vorgeschlagen wurde. Es sei vorgesehen, diesen Prozess mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzuführen; hierbei gehe es in erster Linie um Prozessoptimierung und Schnittstellenbearbeitung. Die Organisationsuntersuchung werde mit einem Pilotprojekt für den Fachdienst Soziales beginnen, wozu der Kreisausschuss bereits den Auftrag an eine externe Unternehmensberatung vergeben habe. Nach einer Evaluierung dieses Projektes werde man über den Fortgang dieser Organisationsuntersuchung beraten und entscheiden. Die im Haushalt

---

2012 vorgesehenen Mittel in Höhe von 100.000 € stellen daher zunächst nur die haushaltsrechtliche Ermächtigung dar.

Abschließend informiert Frau Landrätin Schneider über die organisatorische Zusammenlegung der bisherigen selbständigen Organisationseinheit Öffentlichkeitsarbeit mit der Stabsstelle Kreisorgane. Hiermit sei auch eine Reduzierung des Personalaufwandes verbunden.

Weiterhin teilt Frau Schneider mit, dass im Produktbereich „Innere Verwaltung“ höhere Aufwendungen für die Ausbildung vorgesehen seien. Weiterhin seien Haushaltsmittel „Beruf & Familie“ und für die Einführung einer behördeneinheitlichen Rufnummer „D 115“ eingeplant.

### Produktbereich 12: Sicherheit und Ordnung

Herr Carle erläutert die BSC auf Seite 66/67 zum Produkt 12.2.01 (Ausländer- und Personenstandswesen).

Zum Abschluss des Berichtes von Herrn Carle bescheinigt der Vertreter des Ausländerbeirates, Herr van Slobbe, der Ausländerbehörde eine vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat des Landkreises.

Zu den Kennzahlen des Produktes 12.2.04 (Verkehrswesen) auf Seite E 79 fragt Herr Haumann nach den Gründen, dass die Vorgaben zu den jährlichen Kontrollen von Kraftfahrzeugen (LKW und Kfz) nicht erfüllt wurden.

Frau Landrätin Schneider begründet die Abweichungen zwischen den Soll-Vorgaben und den tatsächlichen Kontrollen mit Personalengpässen.

Zum Produkt 12.2.06. – Maßnahme 002 (Veterinärwesen und Verbraucherschutz) bittet Herr Haumann um eine Begründung, warum das benötigte Fahrzeug anstelle eines Kaufs nicht zu kostengünstigeren Leasingangeboten angeschafft werde.

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl teilt mit, dass in diesem Fahrzeug auch Tierkadaver transportiert werden müssten. Für eine solche Fahrzeugverwendung komme ein Fahrzeugleasing nur schwer in Betracht, gfs. sei dies mit exorbitanten Leasingraten verbunden. Daher sei in diesem konkreten Fall ein Fahrzeugkauf die wirtschaftlichere Variante.

Für den Bereich des Feuerwehrwesens im Landkreis Gießen stellt Herr Haumann die Frage, ob es zutrefte, dass der überörtliche Brandschutz entgegen der bisherigen Sicherstellung durch die vier Feuerwehrstützpunkte im Landkreis und der Berufsfeuerwehr der Stadt Gießen anders organisiert und aufgestellt werden soll.

---

Frau Landrätin Schneider bezieht sich auf das Hessische Brand- und Rettungsdienstgesetz und informiert über die Änderung, dass Feuerwehrstützpunkte in der bisherigen Form nicht mehr vorgesehen seien. Daher sei eine überörtliche Neuordnung des Brand- und Katastrophenschutzes notwendig. Dieses Thema werde derzeit sehr intensiv auf der Ebene der Bürgermeisterdienstversammlungen bearbeitet.

#### Produktbereiche 21 – 24: Schulträgeraufgaben

Zu den unveränderten Haushaltsansätzen für die externen Dienstleistungen für Reinigung und Hausmeister Tätigkeiten fragt Herr Haumann nach, inwieweit sich die vorgesehene Organisationsveränderung in diesem Bereich durch die neue Koalition auf den Haushalt 2012 auswirken.

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl teilt mit, dass die Haushaltsansätze unverändert bleiben.

#### Gesamtschulen

Herr Hamel fragt nach, wie der Verkauf einer Teilfläche des Geländes der Gesamtschule Busecker Tal mit einem Verkaufserlös von 57.000 € und dem hiermit verbundenen Abgang im Anlagevermögen der Bilanz des Landkreises im Haushalt 2012 abgewickelt werde.

Frau Heieis erläutert, dass die Einzahlung aus dem Verkauf des Grundstückes im Gesamtfinanzhaushalt bei Pos. 11 veranschlagt wurde. Der Verlust aus dem Abgang im Anlagevermögen werde bei den Abschreibungen im Ergebnishaushalt bei Produkt 21.8.01 unter Pos. 14 abgewickelt.

Zur Seite E 155 stellt Herr Haumann die Frage, warum sich der Haushaltsansatz für die Bauunterhaltung bei Containeraufstellung bei gleichzeitiger Reduzierung der Mieten für die Klassenraumcontainer nicht verändert.

Herr Rohrmus erläutert, dass zwar an verschiedenen Schulstandorten (z.B. Grünberg) Klassenraumcontainer abgebaut würden und sich somit auch die Mieten reduzieren. Allerdings entstünden für die Beseitigung und den Abbau der Container entsprechende Kosten, die als Bauunterhaltung bei Containeraufstellung abgewickelt werden.

Zur Maßnahme „Gesamtschule Hungen - Neubau einer Dreifeld-Sporthalle“ (Seite E 165) fragt Herr Haumann nach, warum diese Maßnahme entgegen der ursprünglich geplanten alternativen Finanzierungsform (ÖPP/PPP) jetzt wieder über den originären Haushalt und somit über Kommunalkredite abgewickelt werden soll.



---

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl teilt mit, dass der Kreisausschuss eine Vorlage für den Kreistag am 12.12.2011 in den Geschäftsgang gebracht habe, bauliche Investitionsvorhaben auch weiterhin in den Investitionshaushalten abzuwickeln und die Maßnahmen in eigener Regie durchzuführen. Der Kreistagsbeschluss vom 13.12.2010 soll daher aufgehoben werden.

Frau Dr. Schmahl begründet diese Vorgehensweise damit, dass die neue Koalition zu dieser alternativen Finanzierungsform eine ablehnende Meinung vertrete. Aber auch mit Blick auf die umfangreichen juristischen und planerischen Vorarbeiten mit einem Vergabezeitraum von mindestens einem Jahr und mit Rücksicht auf die angespannte personelle Situation im Fachdienst Bauen und des Rechtsamtes wird eine Realisierung des Mietmodells gemäß den aktuellen Erkenntnissen als nicht wirtschaftlich angesehen.

#### Kreisberufsschule

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl erläutert die vorgesehene energetische und brandschutztechnische Sanierung an der Willy-Brandt-Schule mit einer Investitionssumme von insgesamt 6,0 Mio. € (Maßnahme 103 und 104).

#### Produktbereich 27: Kultur und Wissenschaft

Frau Hofmann bittet zum Produkt 27.1.01 (Kreisvolkshochschule) um eine Erklärung zu den abweichenden öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten der Pos. 2 zum vorläufigen Ergebnis 2010.

#### Protokollnotiz:

*Im vorläufigen Rechnungsergebnis der Pos. 2 (770.000 €) sind auch Kostenersatzleistungen enthalten, die im Haushalt 2010 unter Pos. 3 geplant waren. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2010 der Pos. 2 und 3 beträgt insgesamt rd. 803.000 € und ist somit um ca. 75.000 € höher als der Haushaltsansatz 2012. Bei diesen Mehrerträgen handelt es sich um nicht planbare einmalige Einnahmen im Haushaltsjahr 2010.*

Herr Hamel fragt nach dem Grund des Wegfalls einer Stelle bei der Kreisvolkshochschule.

Frau Landrätin Schneider begründet den Wegfall der Stelle mit der Verrentung des Hausmeisters der Kreisvolkshochschule. Hierbei sei zunächst noch der bestehende Kreistagsbeschluss für das Infrastrukturelle Facilitymanagements zu beachten.

Herr Haumann bittet in der Produktbeschreibung der Kreisvolkshochschule die Veränderung durch die beabsichtigte Kooperation mit der Volkshochschule der Stadt Gießen redaktionell zu berücksichtigen.

---

Produktbereiche 30 - 35 (Soziale Leistungen) und 36 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)

Frau Schneider erläutert die wesentlichen Veränderungen im Bereich der Sozialen Sicherung (siehe auch Vorbericht S. C9/C10).

Herr Haumann fragt zum Teilhaushalt 31.2.02 (Kommunale Leistungen zur Arbeitsmarktintegration) nach dem Grund für die Erhöhung des Verlustausgleiches an die ZAUG gGmbH von bisher 160.000 € auf 200.000 € und verweist gleichzeitig auf den bestehenden Kreistagsbeschluss auf Deckelung des Verlustausgleiches in der ursprünglichen Höhe.

Frau Landrätin Schneider teilt mit, dass der Kreistag über die Umwandlung des begrenzten Verlustausgleiches in Höhe von 160.000 € in einen Gesellschafterzuschuss noch informiert werde.

Produkt 53.7.01: Abfallwirtschaft

Herr Hamel bittet um Begründung der Erhöhung der Entsorgungskosten für Restabfall von 6.380.000 € auf 6.793.000 €.

Frau Wandel weist darauf hin, dass bei der Ermittlung dieses Haushaltsansatzes eine Preisgleitklausel der Entsorgungsunternehmen für evtl. höhere Energie- und Personalkosten berücksichtigt werden musste.

Herr Haumann fragt in Zusammenhang mit der Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Einrichtung von Wertstoffhöfen auf 125.000 €, in welchen Kommunen diese vorgesehen seien.

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl informiert darüber, dass in der Stadt Lich ein neuer Wertstoffhof eingerichtet werden soll. Weiterhin sei vorgesehen, die bereits bestehenden Wertstoffhöfe in ihrer Ausstattung zu optimieren.

Produkt 54.2.01: Kreisstraßen

Zur Maßnahme 104 (K 26 – Abriss und Neubau der Eisenbahnüberführung bei Lollar-Odenhausen) fragt Herr Haumann nach, ob vom zuständigen Bundesministerium eine manuelle Ampelschaltung als Lösung akzeptiert werde.

Frau hauptamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl informiert, dass das Bundesverkehrsministerium diese Variante abgelehnt habe. Daher müsse sich der Landkreis Gießen an den Ausbaurkosten beteiligen; eine Änderung dieses Haushaltsansatzes sei allerdings nicht notwendig.

---

Produkt 57.1.01: Wirtschaftsförderung und Tourismus

Herr Haumann bittet um Begründung der stark erhöhten Personal- und Versorgungsaufwendungen, der Stellenausweitungen sowie der Stellenanhebungen in diesem Bereich.

Frau Landrätin Schneider verweist zunächst auf die Verlagerung der Aufgaben der kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen (siehe Produkt 31.2.02) vom Fachbereich Soziales und Jugend in den Bereich der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Tourismus. Hiermit seien Stellenverlagerungen notwendig geworden. Darüber hinaus wurde eine neue Stelle für das Aufgabengebiet *Energie* geschaffen.

Produktbereich 61: Allgemeine Finanzwirtschaft

Herr Hamel bezieht sich die bei Produkt 61.2.01 auf die unter Pos. 21 und 22 aufgeführten Erträge und Aufwendungen aus den Derivatgeschäften, die er in seiner Stellungnahme als spekulative Zinsgeschäfte bezeichnet.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald und die Leiterin des Fachbereiches Finanz- und Rechnungswesen, Frau Heies widersprechen dieser Mutmaßung, zumal solche Geschäfte den Kommunen gesetzlich untersagt seien. Weiterhin wurden Spekulationsgeschäfte in den Richtlinien, die der Kreistag zu Derivatgeschäften beschlossen habe, kategorisch ausgeschlossen. Weiterhin wird Herr Hamel über den bestehenden Kreditportfoliobeirat sowie über die regelmäßigen Berichterstattungen der Verwaltung über das Zinsmanagement im Haupt- und Finanzausschuss informiert.

Protokollnotiz:

*Auf die konkrete Nachfrage zu den Kündigungsmöglichkeiten der Payer-Swaps ist mitzuteilen, dass die Verträge eine vorzeitige Rückzahlung nur im Rahmen der gesetzlichen Regelungen vorsehen. Es gibt somit kein Sonderkündigungsrecht, sondern eine für die Laufzeit geltende feste Vereinbarung wie sie auch bei Festsatzkrediten üblich ist. Genauso wie bei einem Festsatzkredit gibt es aber auch bei beiden Swap-Geschäften kein Zinsänderungsrisiko. Die Vereinbarungen für das Grundgeschäft, das nach den internen Regeln als zwingende Voraussetzung immer bestehen muss, und die Derivate sind so gestaltet, dass der Zinsaufwand für den Landkreis kalkulierbar und begrenzt ist.*

Auf die Bitte von Herrn Kreistagsvorsitzenden Funck soll Herrn Hamel die letzte Präsentation zu dieser Thematik zur Verfügung gestellt werden.

---

## 5. Haushaltsvermerke

Zum Haushaltsvermerk 7.5 (Eisenbahnüberführung bei Lollar-Odenhausen) bittet Herr Haumann um die Kenntnisnahme des Antwortschreibens des Kreisausschusses in Sachen manueller Ampelschaltung an das Bundesverkehrsministerium.

## 6. Stellenplan

Herr Haumann bittet um eine Auskunft darüber, um wie viele Stellen die Stellenplanaufgabe des Regierungspräsidiums überschritten werde.

Frau Landrätin Schneider führt aus, dass es eine konkrete Stellenplanaufgabe des Regierungspräsidiums nicht gebe, sondern sich die Nebenbestimmung in der Haushaltsverfügung zum Haushalt 2011 des Regierungspräsidiums auf die Begrenzung der Personalaufwendungen auf das Niveau des Rechnungsergebnisses 2010 zzgl. einer prozentualen Steigerung von 1,5 % beziehe. Abschließend stellt Frau Schneider fest, dass diese Nebenbestimmung im Haushaltsvollzug 2011 erfüllt werden könne.

Eine konkrete Nachfrage stellt Herr Haumann zur Anhebung einer EG 6-Stelle auf eine EG 13-Stelle im Stab Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Kreisentwicklung und bittet hierzu um eine nachvollziehbare Begründung.

Frau Landrätin Schneider begründet die Stellenanhebung mit der beabsichtigten Einstellung eines Energiebeauftragten.

4. Feststellung der Eröffnungsbilanz für den Landkreis Gießen; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 21. Oktober 2011 (Vorlage Nr. 0227/2011)
---

Herr Klose unterbreitet den Vorschlag, die Eröffnungsbilanz heute zunächst zu beraten und eine Beschlussempfehlung in der Sitzung des HFR am 08.12.2011 abzugeben.

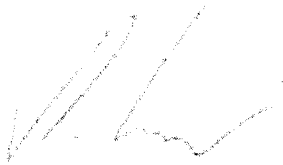
Herr Haumann stellt die grundsätzliche Frage, ob für die bei der Eröffnungsbilanz zu Grunde gelegten Bewertungskriterien im Rahmen der Vergleichbarkeit der Landkreise und Kommunen untereinander landesweite einheitliche Vorgaben berücksichtigt worden seien.

Frau Heieis führt hierzu aus, dass es solche einheitliche Vorgaben in Hessen nicht gebe. Man habe sich bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz an die geltenden gesetzlichen Vorschriften der HGO und GemHVO-Doppik und den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften gehalten sowie hierbei die möglichen Entscheidungsspielräume und Bewertungsverfahren sorgfältig und rechtskonform angewandt habe. Notwendige Bewertungsentscheidungen

seien sukzessive entwickelt worden, dokumentiert und von Dezernenten stets einvernehmlich entschieden wurden.

4. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.



Matthias Klose  
Ausschussvorsitzender



Klaus Dieter Schmitt  
Schriftführer